

AZ - FL-9494 Schaan
Freitag/Samstag,
6./7. Juli 1979
112. Jahrgang Nr. 124
Erscheint Montag, Dienstag,
Mittwoch, Donnerstag
und Freitag/Samstag als
Wochenendausgabe

Liechtensteiner Volksblatt

Jeden Donnerstag
an alle Haushaltungen

Redaktion: Telefon (075) 2 42 42 / 43

mit den amtlichen Publikationen

Einzelpreis: 60 Rp.

Intakte Bank in einer Führungskrise

FBP-Sprecher Dr. Peter Marxer zur Stellungnahme des Regierungschefs in Sachen Landesbank

Im Rahmen der Fragebeantwortungen in der öffentlichen Landtagsitzung vom Donnerstag, nahm Regierungschef Hans Brunhart auch zur Anfrage des FBP-Sprechers Dr. Peter Marxer aus der Landtagsitzung vom 28. Mai Stellung. Die Stellungnahme des Regierungschefs (die wir auf Seite 3 der heutigen Ausgabe im Wortlaut veröffentlichen) veranlasste den FBP-Sprecher zu nachfolgender Erwiderung:

Dürftiger Bericht

Obwohl Sie, Herr Regierungschef, so wörtlich, eine fundierte Antwort zugesagt haben, muss ich zu meinem Bedauern feststellen, dass Ihr eben abgegebener Bericht mehr verschleierte als aufklärte. Ihr dürftiger Bericht verrät, dass Sie die Stellung und die Funktion des Landtages in der gegenständlichen Angelegenheit verkennt. Schliesslich ist der Landtag im Verhältnis zur Liechtensteinischen Landesbank als Staatsinstitut sozusagen der Vertreter des Aktionärs, nämlich des liechtensteinischen Volkes. Aus diesem Grund sind im Landesbank-Gesetz (Artikel 22 ff) der Volksver-

tretung auch entscheidende Mitwirkungs- und Aufsichts-befugnisse zugewiesen, wie Beschlussfassung über das Dotationskapital, Wahl des Verwaltungsrates, Mitwirkung bei der Wahl des Aufsichtsrates, Schlichtung von Konflikten, und sie ist — was wohl das bedeutsamste ist — oberste Instanz für die Rechenschaftsablegung.

Gegen einen Maulkorb

Wenn wir also hier im öffentlichen Landtag das Thema aufgreifen, dann tun wir dies aus diesem Verständnis über Stellung und Funktion der Volksvertretung heraus. Es geht nicht darum, jemanden persönlich anzugreifen oder zu schützen. Es geht um nichts Geringeres als um die vitalen Interessen der Bank, deren Schutz zur Aufgabe des Landtags gehört. Und weil es um die Interessen der Landesbank geht, können wir nicht akzeptieren, dass man heute allen einen Maulkorb umhängen will, die aus ihrer Verantwortung heraus verschiedene Vorgänge ans Tageslicht bringen müssen, auf deren Kenntnis die Öffentlichkeit ein Anrecht hat.

Vorschub für Gerüchte

Wenn Sie, Herr Regierungschef, sich heute hinter dem Bankinteresse verschancen und dem Landtag keine fundierte Auskunft über die Vorgänge im Verwaltungsrat geben, dann leisten gerade Sie selbst Vorschub für die Entstehung von Gerüchten, die der Bank in der Tat abträglich sein könnten.

Die in den vom Regierungschef zitierten Akten enthaltenen Vorgänge und Tatsachen sind nach unserer Information offenbar die Grundlage für einen schwerwiegenden Beschluss des Aufsichtsrates der Landesbank gewesen, der zum Ausdruck gebracht haben soll, dass der Aufsichtsrat mit den Vorgängen im Verwaltungsrat nicht einig geht und die künftige Entwicklung der

Landesbank durch solche Praktiken, die der Sachlichkeit entbehren, beeinträchtigt sieht.

Anrecht auf die ganze Wahrheit

Bedauerlicherweise haben Sie uns die Aushändigung der Unterlagen verweigert. Nachdem was aber geschehen ist, glauben wir, dass die Volksvertretung und das Volk Anrecht hätten, die ganze Wahrheit zu erfahren.

Herbert Kinde, hat durch seine Handlungsweise leichtfertig die Landesbank in eine Führungskrise gebracht und dem Direktor als obersten Beamten der Bank jede Basis entzogen hat, die Bank weiterhin verantwortlich und erfolgreich zu führen, was schliesslich zur Kündigung führte. Anstatt das Zusammenwirken aller Landesbank-Organen zum Wohle des Bankinstituts zu fördern, fährt der Präsident des Verwaltungsrates, Herbert Kinde, seit Monaten auf Kollisionskurs, nicht nur mit dem Direktor, sondern auch mit der Verwaltungsrats-Minderheit, mit dem Aufsichtsrat und sogar mit der neutralen Bankenrevisionsstelle.

Keine Fragen des Lohnsystems

Es war nicht die Frage des neuen Lohnsystems, die zu dieser krisenhaften Entwicklung in der Bank geführt hat, obwohl dieses System zugegebenermassen beim Landesbank-Personal etwelche Beunruhigung verursacht hat. Ich selbst habe mich seinerzeit schon als Landtagsabgeordneter dafür eingesetzt,



mit den mir zu Gebote stehenden Mitteln Ungerechtigkeiten, die mit der Einführung eines solchen neuen Systems naturgemäss verbunden sein können, auszumerzen, und ich bin froh darüber, dass es dem Verwaltungsrat gelungen ist, durch einhellige Beschlüsse Härtefälle zu beiseitigen.

Gesundes Unternehmen mit Führungskrise

Die Kündigung des Landesbank-Direktors ist eine vollendete Tatsache, die wir nur noch mit Bedauern zur Kenntnis zu nehmen haben. Direktor Strub hat die Bank gut und umsichtig geleitet. Die Bank ist finanziell intakt und wirtschaftlich stark. Die eigentliche Geschäftspolitik der Bank ist absolut in Ordnung. Unter der Leitung des scheidenden Direktors ist die Bilanzsumme von 700 Millionen um 140 Prozent auf 1.7 Milliarden und die Zahl der Mitarbeiter im gleichen Zeitraum um 86 Prozent von 92 auf 171 Personen gestiegen. Umso mehr ist es zu bedauern, dass ein fundiertes und wirtschaftlich gesundes Unternehmen durch eigenmächtiges und der Sachlichkeit entbehrendes Vorgehen seines Verwaltungsratspräsidenten in eine Führungskrise gerät. Männer, die eine Bank mit Staatshaftung und einer Bilanzsumme von über 1 1/2 Milliarden Franken zu leiten vermögen, sind nicht nach Belieben zu finden.

Vertrauenskapital verspielt!

Wir sind, genauso wie der Aufsichtsrat, in Sorge darüber, wie es in dieser Bank weitergeht. Die Vorgänge der letzten Monate und der Beschluss des Aufsichtsrates vom 19. Juni 1979 zeigen, dass der Präsident des Verwaltungsrates, Herbert Kinde, das in ihr gesetzte Vertrauen nicht gerechtfertigt hat, ja im Gegenteil, sein Vertrauenskapital in der Öffentlichkeit verspielt hat.

FÜR SIE IM DIENST

Rettenngsdienst LRK

Telefon 2 44 55
24-Stunden-Dienst für Unfall- und Krankentransporte

Ärztlicher Dienst

ab Samstag 12.00 Uhr:
Dr. Hansjörg Risch
Vaduz Telefon 2 75 75

Apothekendienst

Schlossapotheke
Vaduz Telefon 2 10 75
9.30—11.00 Uhr

Fürsorgeamt

Notfalldienst
Telefon 3 29 96
vom 6. bis 9. Juli 1979

Garagendienst

E.+F. Wohlwend AG
Nendeln Telefon 3 11 51

Unvereinbarkeit:

Rückzug des Postulates

Regierung sagt Gesetzesentwurf zu

Zu Beginn der öffentlichen Landtagsitzung vom Donnerstag verlas der Sprecher der FBP-Fraktion, Dr. Peter Marxer, einen Brief des Regierungschefs, worin dieser mitteilt, dass die Regierung beschlossen habe, einen Gesetzesentwurf über die Unvereinbarkeit des Landtagsmandates mit anderen Funktionen auszuarbeiten. Mit dieser Zusicherung trägt die Regierung dem Postulat Rechnung, das die FBP-Abgeordneten Dr. Marxer, Hilmar Ospelt, Noldi Frommelt, Armin Meier und Josef Biedermann am 28. Mai beim Landtag eingereicht hatten und das nun in der Sitzung vom Donnerstag zur Behandlung auf der Tagesordnung stand. Die FBP-Abgeordneten zogen deshalb ihr Postulat zurück. Der Landtag wird nun bei der Behandlung der zugesicherten Gesetzesvorlage entscheiden, welche Funktionen im Staate mit einem Landtagsmandat in Zukunft vereinbar sein werden und welche nicht.

Wahlgesetz:

Lieber eine Tombola!

VU gegen ein gerechtes Wahlsystem

Die Union will an den heutigen Mängeln in unserem Wahlrecht festhalten und lieber mit der Minderheit der Wählerstimmen die Mehrheit im Landtag und Regierung stellen, als sich einem gerechten Wahlgesetz zu unterwerfen, das beiden Parteien die gleichen Chancen einräumt. Mit den bekannten, vorfabrizierten Argumenten lehnte die Union-Fraktion im Landtag deshalb auch eine FBP-Initiative ab, welche zum Ziel hatte, die Frage eines gerechten Wahlgesetzes den Stimmbürgern nocheinmal — unter den neuen, geänderten Vorzeichen — zur Beurteilung und Entscheidung vorzulegen. Die Union blockierte damit eine demokratische Meinungsbildung vorläufig erfolgreich ab. Von Seiten des FBP-Fraktionsprechers musste sie sich allerdings den Vorwurf gefallen lassen, dass sie offenbar ein «Tombolasystem, von dem Sie sich auch in Zukunft mehr Vorteile erwarten», einem gerechten Wahlgesetz vorziehen. Wir kommen auf das Thema zurück.

Am 7./8. Juli im Freizeitzentrum «Resch», Schaan:



Willkommgruss

Zu unserem 100jährigen Jubiläum möchten wir alle Ehrengäste und Besucher herzlichst begrüssen und willkommen heissen.

Einen besonderen Willkommgruss richten wir an die ausländischen Freunde unseres Vereins und an alle Kameraden der Feuerwehrsektionen aus Liechtenstein.

Wir schätzen uns glücklich, dass wir Gelegenheit haben, mit dem Musikkorps der Frei. Feuerwehr Hirzenhain erste Kontakte knüpfen zu können. Diese sehr bekannte Musikkapelle wird mithelfen, unser Jubiläum musikalisch zu umrahmen. Die Mitglieder dieses Vereins begrüssen wir herzlich in Schaan. Einen weiteren Willkommgruss adressieren wir an die in Schaan bestbekannte Tanzkapelle IRIS aus Eriskirch.

Allen Gästen aus nah und fern wünschen wir recht vergnügliche Stunden anlässlich unseren Festlichkeiten übers kommende Wochenende.

Freiwillige Feuerwehr Schaan
Walter Beck, Ehrenpräsident
Fritz Thöny, Kommandant

Starke Bank, schwache Führung

Was verschweigt der Regierungschef?

Die Landesbank «ist finanziell intakt und wirtschaftlich stark. Die eigentliche Geschäftsführung der Bank ist absolut in Ordnung.» Mit dieser klaren und unmissverständlichen Aussage hat der FBP-Sprecher im Landtag keinerlei Zweifel darüber offengelassen, dass es der FBP im Zusammenhang mit ihren Vorstössen in Sachen Landesbank nicht um die Geschäftsleitung der Bank, sondern um die Führungskrise geht, in die unser nationales Geldinstitut durch die leichtfertige Handlungsweise seines Verwaltungsratspräsidenten Herbert Kinde geraten ist. Der Verwaltungsratspräsident hat es fertig gebracht, sich innerhalb weniger Monate gleich mit vier verschiedenen Instanzen anzulegen, deren Zusammenarbeit er eigentlich zum Wohle der Bank fördern müsste: mit dem Direktor (der inzwischen gekündigt hat), mit den Minderheitsvertretern im Verwaltungsrat, mit dem Aufsichtsrat der Bank (I) und sogar noch mit der neutralen Revisionsstelle der Bank. Wahrlich eine zweifelhafte Meisterleistung, welche dem amtierenden Bankpräsidenten ein bedenkliches Zeugnis ausstellt.

Ein Zustand auch, den man mit dem angeblichen Konflikt um ein umstrittenes Besoldungssystem weder verniedlichen, noch erklären und noch viel weniger aus der Welt schaffen kann. Dem Regierungschef und seinen Parteifreunden ist die Angelegenheit verständlicherweise peinlich. Herbert Kinde ist schliesslich nicht irgendeiner in der Vaterländischen Union. Mit dem fragwürdigen Argument, eine Diskussion sei weder der Bank noch dem Lande dienlich, will der Regierungschef nunmehr der Öffentlichkeit die effektiven Hintergründe für die herrschende Führungskrise in der Landesbank verheimlichen. Er bleibt auf den Akten sitzen und redet sich — um seinen Partei-

freund Kinde zu schützen — auf die Interessen der Bank hinaus. Nachdem keinerlei Zweifel darüber geäussert wurden, dass die Bank finanziell intakt und wirtschaftlich stark ist, fragt man sich, welche Interessen dann tangiert werden könnten, wenn man der Öffentlichkeit die ganze Wahrheit sagt: jene der Bank oder jene des Herrn Kinde, der sein Vertrauenskapital in der Öffentlichkeit ohnehin verspielt hat. Und wenn es tatsächlich nur um die umstrittene Besoldungsfrage ginge. Was könnte den Regierungschef dann daran hindern, die verschiedenen Papiere, von denen man inzwischen schon überall erzählt (persönliche Stellungnahmen des Direktors, des Verwaltungsratspräsidenten, Protokolle des Aufsichtsrates usw.) zur öffentlichen Einsichtnahme herauszugeben? Die Öffentlichkeit hat nicht nur ein Interesse, sondern auch einen Anspruch darauf zu erfahren, was den Verwaltungsratspräsidenten bewogen haben könnte, eine Führungskrise in der Bank heraufzubeschwören und einen Mehrfrontenkrieg nach allen Seiten zu führen. Schliesslich darf die Landesbank nicht zum persönlichen Tummelplatz für frustrierte Parteipolitiker werden. (vb)

